



Ohne zu zögern: Einstimmig entschieden die 146 Delegierten, eine Protestkundgebung durchzuführen. Fotos: Simon Ziffermayer.

Einstimmig gegen den Bildungsabbau

Ausserordentliche Delegiertenversammlung alv. 146 alv-Delegierte haben keinen Raum für Zweifel gelassen: Am 14. September beschlossen sie einstimmig eine Protestkundgebung gegen die happigen Abbauvorschläge der Regierung. Sie haben genug vom Bildungsabbau, der gravierende Konsequenzen für Kinder, Lehrpersonen und letztlich die Gesellschaft hätte.

Früher hätte man noch gewusst, dass Lesen, Schreiben und Rechnen für eine gute Bildung nicht reiche, meinte Elisabeth Abbassi, alv-Präsidentin, einleitend zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung (a.o. DV). Aber heute würde die Bildung an die Wand gefahren. «Fremdsprachige Kinder werden noch mehr Probleme haben, sich in unser Schulsystem zu integrieren», denn der DaZ-Unterricht soll weiter gekürzt werden. Kinder, die heute zu wenig gut ausgebildet würden, fehlten später der Wirtschaft, so Abbassi. Die Analyse der im Aufgabenplan 2017/20 vorgeschlagenen Abbaumassnahmen im Bildungsbereich ist ernüchternd und deprimierend (vgl. inhaltliche Ausführungen in SCHULBLATT 17). Beim Geometrisch-technischen Zeichnen fallen Lektionen weg, dabei werden CAD-Programme-

rungen für technische Berufe immer wichtiger. «Eigentlich müssten sich alle KMU-Vertreter heftig dagegen wehren!», so die Präsidentin. Es sei schlicht verantwortungslos, in der Sek eine Stunde Geografie/Geschichte zu streichen, in einer Zeit, in der Staatskunde immer wichtiger werde. Oder den Musikunterricht abzubauen, was im Widerspruch zur vom Volk geheissenen Musikinitiative stehe.

Der Primarlehrberuf wird zum Teilzeitjob

Nicht akzeptabel ist für den alv, dass der Primarlehrberuf – nunmehr ein Frauenberuf – in Zukunft auch ein Teilzeitberuf sein soll. Denn das Streichen von Lektionen und halben Lektionen in den Fächern Deutsch, Realien und Musik sowie der Abbau von Teilungsstunden führen dazu, dass der Beruf für eine Klassenlehrperson selbst bei einer Klasse mit 25 Schülerinnen und Schülern der dritten bis sechsten Klasse nicht mehr im Vollpensum zu haben ist: Eine Mittelstufenlehrerin unterrichtet dann mit einer Klasse von 20 Schülerinnen und Schülern drei Lektionen weniger in der Unterstufe, in der sechsten Klasse sind es zwei Lektionen. Insgesamt verschwinden 585 Lektionen während der Primarschulzeit:

«Das entspricht einer fehlenden Bildungszeit von vier bis fünf Wochen pro Jahr. Wir könnten also das Quartal von den Sommerferien bis zu den Herbstferien schlicht weglassen». Das sei schon fast kriminell, meinte Abbassi. Primarlehrpersonen müssen durch diese Kürzungen auf 11 Prozent ihres Lohns verzichten. Doch damit nicht genug: Weniger ungebundene Lektionen bedeuten auch weniger Blockzeiten. Was in der Wirtschaft nicht denkbar ist, eine Lehrerin für Textiles Werken, die 50 Prozent arbeitet, muss bereit sein, an vier Tagen zu unterrichten. Abbassis Fazit: «Weniger Bildung, weniger Betreuung, weniger Qualität, weniger Wohlstand – wenn der Grosse Rat diesem Abbau zustimmt, handelt er extrem verantwortungslos.»

Des Pudels Kern: Die Steuerpolitik des Kantons

Manfred Dubach, alv-Geschäftsführer, machte den Kern der finanziellen Misere aus: Eine verfehlte Steuerpolitik der Regierung. Es fehle dieser an Weitblick über einen Konjunkturzyklus hinaus. Jeder Privathaushalt wisse, dass man in guten Jahren Geld auf die Seite legen müsse. Ganz anders der Kanton: Die Senkungen des Steuerfusses und Revisionen in den

«*Weniger Bildung, weniger Betreuung, weniger Qualität, weniger Wohlstand – wenn der Grosse Rat diesem Abbau zustimmt, handelt er extrem verantwortungslos.*»

Elisabeth Abbassi

Jahren 2007, 2008 und 2013 führten zu 400 Millionen Franken Mindereinnahmen, dies entspreche in etwa dem Betrag, den der Kanton seither einsparen müsse. Anders als von Finanzdirektor Roland Brogli 2012 vorausgesagt, habe der Kanton durch die Steuersenkungen keine Mehreinnahmen generieren können. «Das einzige, was dies gebracht hat, ist der Ärger, den wir jetzt haben.» Manfred Dubach erntete viel Zustimmung für seine Darlegungen.

Nullrunden bei den Löhnen

Verheerende Auswirkungen hat auch die dritte Lohnnullrunde in kurzer Zeit. Zur Lohnpflege – das heisst, zum Erhalt der Lohnkurve – wäre jährlich eine Lohnerhöhung von 1,2 Prozent notwendig. Dies wäre, so Dubach, für den Kanton problemlos finanzierbar, da dieser die Mehrkosten durch den Mutationsgewinn wieder wettmachen könne (ältere Lehrpersonen werden pensioniert, jüngere mit tieferem Lohn kommen nach). Die Lohnnullrunden bedeuten für die Lehrpersonen einen jährlichen Verlust von mindestens 1 Prozent der Lohnsumme. Das widerspricht dem Lohndekret, das eine äquivalente Lohnentwicklung zu anderen Branchen der Wirtschaft festhält. Konkret bedeutet dies: Allein seit 2011 sind 150 000 Franken auf einen Lebenslohn einer Lehrperson verloren gegangen. Dies wirkt sich vor allem auf jüngere



alv-Präsidentin Elisabeth Abbassi sprach Klartext: Der Bildungsabbau ist verantwortungslos.



Kathrin Scholl enthüllte das neue alv-Plakat: Bildungsabbau* – oder wie man aus vollen Äpfeln leere Birnen macht. Gestaltung: a+o.

Lehrpersonen aus: Der Kanton Aargau ist lohnmässig nicht mehr konkurrenzfähig, in anderen Kantonen verdienen junge Lehrpersonen bis zu 30000 Franken mehr Lohn pro Jahr. «Es verwundert deshalb nicht, dass bis zu 20 Prozent Lehrpersonen im Aargau nicht die richtige Ausbildung haben.» Regierung und Parlament täten alles, so Dubach, um die Zukunft schwarz aussehen zu lassen. Der alv fordert deshalb eine baldige Revision des Lohndekrets.

Grosse Verärgerung und Konsternation

Die Co-Präsidenten des Verbands Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau (VSLAG), Beat Petermann und Philipp Grolimund sowie der Präsident des Verbands aargauischer Schulpflegepräsidentinnen und -präsidenten (VASP), Franco Corsiglia, führten aus, weshalb ihre Verbände die Resolution gegen den Bildungsabbau sowie die Protestkundgebung des alv mittragen (Letztere wird auch von «Schule & Elternhaus» unterstützt): Noch nie, so Petermann, sei es vorgekommen, dass man Kürzungen an der Pflichtstundentafel vorgenommen hätte. Auch die Eltern seien betroffen, weil der Wegfall von Blockzeiten mehr externe Betreuung zur Folge habe. Nur die finanziell besser gestellten Gemeinden könnten sich dies aber leisten, eine Chancengerechtigkeit sei damit nicht mehr gewährleistet. Den Abbau an der Primar bezeichnete er als «absolut deprimierend». Auch Philipp Grolimund bedauerte die «Geiz-ist-Geil-Politik»: «Ich bin nicht frustriert oder demotiviert, aber verärgert.» Franco Corsiglia fragte sich, wo die «Stärkung der Volksschule» geblieben sei. Es sei genug an der Schraube gedreht, nun müsse man wieder qualitativ guten Unterricht ermöglichen.

«Aushöhlung der Bildung auf allen Stufen»

Bevor die Delegierten über drei Anträge des alv-Verbandsrats abstimmten, erhielten sie das Wort. Viele nutzten die Gelegenheit, um ihre Besorgnis, Konsternation und den Ärger zu äussern. Primarlehrerin Susanne Frei las einen Brief eines Arbeitskollegen vor, der sich fragt, wie Lehrpersonen überhaupt noch für



Auch die Präsidenten von VSLAG und VASP drücken ihre Besorgnis aus: Beat Petermann, Philipp Grolimund und Franco Corsiglia.

den Beruf motiviert werden können. Die Schulleitung Hunzenschwil überlegt sich, die Erzählacht und das Skilager nicht mehr anzubieten als Zeichen des Protests. Elisabeth Grun, Mitglied der Fraktion Beratungsdienste (BDAG), berichtete, dass ihre Kolleginnen und Kollegen alles daran täten, die Qualität der Beratungen aufrechtzuerhalten, aber sie seien gestresst. 2 Millionen Franken muss die BDAG einsparen, das gehe nicht ohne Qualitätsverlust und gravierende Folgen. Über kurz oder lang würde der erschwerte Zugang zu Beratungen zu mehr Lehrabbrüchen und insgesamt zu mehr Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich führen. Thomas Leitch, SP-Grossrat und Präsident der Bildungskommission des Grossen Rates ermunterte die Delegierten, die Grossrätinnen und Grossräte des eigenen Bezirks zu kontaktieren und ihnen mit Beispielen aufzuzeigen, wie schädlich die Abbaumassnahmen sind. Besonders wichtig sei es auch, zum jetzigen Zeitpunkt die Mitglieder der Bildungskommission zu kontaktieren, vornehmlich aus FDP und SVP (www.ag.ch → Grossrat → Kommissionen). Martin Schaffner, Präsident des Bezirkslehrerinnen- und Bezirkslehrervereins und Erziehungsrat, machte auf die Folgen des Lohnabbaus für die Renten aufmerksam, die durch Senkungen des Umwandlungssatzes bereits jetzt unter Druck sind.

Urs Näf, Präsident des Aargauischen Vereins für Sport in der Schule sprach von einer Aushöhlung der Bildung auf allen Stufen und warnte vor einer Zunahme des Homeschooling. Und mit Dominik Fässler, Primarlehrer in Rothrist, bekam die Abwanderung junger Lehrpersonen in andere Kantone ein Gesicht: «Ich überlege mir, eine andere Ausbildung zu machen, weil der Lohn eben doch eine Rolle spielt. Anständige Löhne sind ein grosses Zeichen der Wertschätzung.» Er erntete dafür viel Applaus.

Alle alv-Anträge gutgeheissen

Nach diesen engagierten Worten ging es um die drei Anträge, die der alv-Verbandsrat den Delegierten unterbreitete. Bereits die online durchgeführte Urabstim-



Grosser Unmut, Verärgerung und Unverständnis: Die Delegierten meldeten sich zu Wort.

mung zeigte, dass 96 Prozent für eine Protestkundgebung sind (bei einer Beteiligung von 1150 Lehrpersonen). Entsprechend deutlich war auch das Verdikt der ausserordentlichen DV: Sie sagte einstimmig «Ja» dazu. Diese wird am Dienstag, 8. November, um 13 Uhr beginnen (Bersammlung am Bahnhof Aarau) und via Bahnhofstrasse zum Platz vor dem Grossen Rat gehen. Falls dieser seine Sitzung verschiebt, wird sie eine Woche später am 15. November stattfinden. Manfred Dubach machte deutlich, dass die Teilnahme keine Konsequenzen auf die Anstellung haben wird und darf, es gilt das Streikrecht. Der alv empfiehlt aber den Schulen, für Kinder, die in dieser Zeit zu Hause nicht betreut werden können, ein Betreuungsangebot (etwa durch Assistenzpersonen) bereitzustellen.

Weiter hiess die DV die von den drei Verbänden alv, VASP und VSLAG getragene **Resolution gegen den Abbau bei Bildung und Personal** gut (vgl. Beilage in diesem SCHULBLATT). Diese fordert:

1. Die vorgesehene Lohnentwicklung wird sichergestellt und die Lohnkurve auf das Niveau von 2011 korrigiert.

2. Die Lektionenverpflichtung für ein Vollpensum wird nicht erhöht.
3. Der heute geltende Betreuungskoeffizient für die Schülerinnen und Schüler bleibt mindestens erhalten, die Klassengrössen werden nicht weiter angehoben.
4. Die Lektionszahl pro Klasse und Fach bleibt mindestens erhalten.

Ein dritter Antrag, der es dem alv-Verbandsrat ermöglichen wird, in dringlichen Fällen rasch ein **Referendum** ergreifen zu können, wurde ebenfalls einstimmig gutgeheissen. Die Delegierten applaudierten lange. Abbassis Schlussvotum sprach wohl allen aus dem Herzen: «Wir brauchen für die nächste Legislatur ein anderes Parlament, eines, das nicht nur subtrahieren kann. Wir brauchen einen Grossen Rat, der die Bildung der Jugend höher gewichtet als Steuersenkungen.» Dem war nichts mehr hinzuzufügen, ausser einem grossen Applaus für die grosse Arbeit der alv-Geschäftsstelle und einem abschliessenden Apéro bei spätsommerlichen Temperaturen.

Irene Schertenleib

Nächste Schritte, richtig wählen!

Die alv-Geschäftsleitung hat bereits einen Brief an alle Mitglieder der grossrätlichen Bildungskommission geschrieben, führte Gespräche mit Grossrätinnen und Grossräten, den Fraktionspräsidien im Parlament und mit Mitgliedern der Finanzkommission (Kapf). Sie wird auf der alv-Website Ideen für Aktionen von Schulen publizieren und unterstützt diese auch telefonisch bei Fragen. Die nächsten Wochen widmet sie der Planung der Protestkundgebung. Die politische Debatte im Grossen Rat zum AFP 2017–20 findet ab 22. November bis 6. Dezember statt. Dem alv ist es ein Anliegen, dass Lehrerinnen und Lehrer, alv-Delegierte, Schulleitungen sich vor Ort in den Gemeinden stark machen für die Bildungsanliegen. Die Schulpflegen als politische Behörden dürfen ausserdem an die Eltern gelangen, anders als die Lehrpersonen. Hinweis: auf www.alv-ag.ch finden sich die Abstimmungsprotokolle zum AFP 2016–19. Dort ist ersichtlich, welche Grossrätinnen und Grossräte den Abbauvorschlägen in der Bildung zugestimmt haben und welche nicht. Dies erleichtert bestimmt die Wahl von bisherigen Kandidierenden am 23. Oktober.